



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/273 - 27. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Unter Eisenhowers aussenpolitischer Führung	S. 1
Forderungen der Arbeiterschaft in der Zone	S. 4
Das Schlussergebnis der Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg	S. 6
Agrarkongress in Bad Vilbel	S. 7

---

## UNO, NATO und USA

sp. Eine gewisse Lockerung der amerikanischen Aussenpolitik von ihren Bindungen an Grossbritannien und Frankreich ist unverkennbar. Dabei ist nicht anzunehmen, dass dafür der Ärger über die ohne amerikanischen Wissen erfolgte britisch-französische Gewaltaktion gegen Ägypten ausschlaggebend ist, wenn sie dem Präsidenten Eisenhower, der der Initiator und Hauptträger dieser Wendung zu sein scheint, den Entschluss auch erleichtert haben mag. Entscheidend dürfte nach allem, was man erfährt, vielmehr die Erkenntnis sein, dass auch nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes und der dabei zutage getretenen sowjetischen Brutalität eine Rückkehr zu den extremen Formen des Kalten Krieges, zu einer Politik, die ausschliesslich auf der erneuten Belebung, der neuen Stärkung und Weiterentwicklung der NATO beruht, keinen Ausweg aus dem gegenwärtigen schweren Dilemma der internationalen Beziehungen sein kann.

Für diese Haltung, die in den USA selbst nicht widerspruchsfrei hingenommen wird, gibt es eine ganze Reihe von Anzeichen, und das zeitlich letzte war zugleich das deutlichste: In der Generalversammlung der UN stimmte am letzten Sonntag der Amerikaner Lodge für einen abermaligen Antrag der afrikanisch-asiatischen Staatengruppe auf sofortigen Abzug der britischen, französischen und israelischen Truppen aus Ägypten - gegen die Stimmen dieser drei Staaten, Australiens und Neuseelands. Sitzungsgemäss handelt es sich bei diesem Entschluss zwar nur um eine Empfehlung. Aber solche mit dem Nachdruck einer sehr starken Meinung -

65 Ja-Stimmen, 10 Enthaltungen, 5 Nein-Stimmen - ausgesprochenen Empfehlungen können, wie die jüngste Erfahrung gezeigt hat, mehr Wirkung haben, als eine "bindende Verpflichtung", wie sie der Sicherheitsrat aussprechen kann, die, wenn sie beschlossen wurde, trotzdem nicht eingehalten wird.

Aber schon vor dieser bezeichnenden Abstimmung lagen Hinweise für einen grundsätzlichen Positionswechsel der amerikanischen Aussenpolitik vor:

Die kühle Zurechtweisung, mit der man in Washington auf die Selbst-einladung der für die Politik der letzten Wochen verantwortlichen britischen und französischen Politiker und deren Bedürfnis reagierte, sich persönlich an höchster amerikanischer Stelle zu rechtfertigen;

die damit auffallend kontrastierende unverminderte Bereitschaft, sobald wie möglich mit Nehru zu sprechen, dessen ausgleichende Rolle in der grossen Auseinandersetzung zwischen Westen und Osten seit langem bekannt ist und der sich gleich scharf gegen das ägyptische Abenteuer Englands, Frankreichs und Israels, wie gegen die sowjetische Brutalität in Ungarn gewandt hat. Nehru ist der angesehenste Sprecher der grossen afrikanisch-asiatischen Gruppe, und die Amerikaner sind offenbar der Ansicht, dass es gut wäre, sich der Dienste dieses hervorragenden Mannes bei dem Versuch zu versichern, das Porzellan wieder zu kitten, das die Briten und Franzosen nicht nur in Ägypten selbst, sondern in der ganzen farbigen Welt zerschlagen haben;

schliesslich die Erklärung der amerikanischen Regierung, den bedrängten Wirtschaften Englands und Frankreichs mit Ullieferungen nicht beizuspringen, so lange nicht die Soldaten dieser beiden Länder aus Ägypten zurückgezogen worden sind.

Alles das weist sicher nicht auf die amerikanische Absicht hin, sich vor der NATO schlechthin zu distanzieren, ihr zu den in letzter Zeit erlittenen offerkundigen Prestigeverlusten durch die eigene, amerikanische Abstinenz noch zusätzlich Schäden hinzuzufügen. Aber zwei andere Ziele des soeben begonnenen neuen Abschnittes der amerikanischen Aussenpolitik zeichnen sich doch ab: Einmal, dafür zu sorgen, dass

künftig solche verheerend wirkenden Extratouren wie in Ägypten unterbleiben, weil sie die atlantische Gemeinschaft durch das Verhalten einzelner ihrer prominentesten Mitglieder unglaubwürdig machen. Das andere Ziel dürfte es sein, die NATO stärker zu dem zu machen, was sie formell seit ihres Bestehens ist, ein regionaler Zusammenschluss im Rahmen der umfassenden UNO und nicht ein von dieser völlig losgelöstes selbständiges Militärbündnis mit Frontstellung gegen eine andere Gruppe von UNO-Mitgliedern unter Führung des Antipoden der USA, der Sowjetunion.

Eine solche Tendenz würde freilich voraussetzen, dass auch der regionale Zusammenschluss der östlichen Welt, der Warschauer Pakt, eine entsprechende Entwicklung durchmacht, und dass man auf diese Weise schliesslich unter allmählichem Abbau der beiden Militärblocke zu einem kollektiven Sicherheitssystem kommt, das bessere Garantien für die einzelnen Mitglieder wie für die Gesamtheit schafft, als sie heute gegeben sind. Ohne Zweifel sind auch die in der Bundesrepublik viel zitierten kürzlichen Betrachtungen der "Washington Post" über den Zusammenhang zwischen deutscher Wiedervereinigung und NATO-Struktur zumindest ein Stück solcher Überlegungen, ohne dass darauf hier näher eingegangen werden soll.

Ob dieser sicher mühsame Weg gangbar ist, wird entscheidend vom künftigen sowjetischen Verhalten abhängen. Die amerikanische Öffentlichkeit, auf die die Regierung in Washington auch nach den Wahlen weitgehend Rücksicht nehmen muss, ist zur Zeit dem Kreml gegenüber so scharf ablehnend eingestellt, wie seit Jahren nicht. Man wird drüber argwöhnisch darauf achten, ob die Sowjetunion im Umgang mit den anderen Staaten ihres Machtbereiches gewillt scheint, für die Dauer die Leine lang zu lassen, um sie eines Tages vielleicht, auch im eigenen Interesse, aus der Hand zu geben, oder ob sie den ständigen Würgegriff vorzieht, der dem Opfer jederzeit die Luft wegnehmen kann. Die Antwort auf diese Frage wird die künftige amerikanische Aussenpolitik sehr wesentlich mitbestimmen.

Ulbrichts Kampf gegen die Lawine

E. Z. Berlin

Die SED-Führung in Pankow hat jetzt einen ersten Versuch unternommen, die Auswirkungen der Ereignisse in Ungarn und der Wende in Polen auf die Arbeiterschaft der Zone zu neutralisieren. Wenn das ZK auf seiner 29. Tagung den Beschluss fasste, in den Zonenbetrieben die Bildung von sogenannten "Arbeiter-Komitees" zuzulassen, deren Mitglieder "von der Belegschaft in demokratischer Urwahl gewählt werden sollen", so ist darin keineswegs, wie es die SED darstellen möchte, ein logischer Schritt in der "weiteren Demokratisierung" des Ulbricht-Staates zu erblicken, sondern ein Nachgeben der SED-Diktatur gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft.

Das Zentralkomitee der SED und der Bundesvorstand des FDGB sahen sich in letzter Zeit einer Flut von Schreiben zahlreicher BGLs oder auch einzelner Arbeiter gegenüber, in denen eine echte Mitbestimmung der Belegschaften in ihren Betrieben gefordert wurde. Die Drohungen Ulbrichts mit Gewaltmassnahmen, die u.a. in der Alarmbereitschaft der gesamten Polizei und der SED-Kampfgruppen in den Betrieben ihren Ausdruck fanden, hatten zusammen mit der Vernunft der Bevölkerung das Ulbricht-Regime vor einem Aufstand der Massen bewahrt, aber nicht verhindern können, dass auf der inneren Linie der Druck gegen die SED eine Stärke annahm, die zu einem Nachgeben zwang. Die Forderungen der Arbeiter an das Regime gingen dabei so weit, dass nach jugoslawischen Beispiel "Arbeiterräte" als "Selbstverwaltungsorgane der Arbeiter in der Leitung der Betriebe" verlangt wurden. In einzelnen Schlüsselbetrieben haben die Arbeiter bereits die personelle Zusammensetzung der von ihnen geforderten "Arbeiterräte" diskutiert. Hier musste das Pankower Regime eine akute Bedrohung seiner Positionen in den Betrieben erblicken.

Dabei handelte es sich bei diesem akuten Druck, dem die SED seit den Vorgängen in Ungarn und Polen ausgesetzt war, lediglich um die für das System äusserst kritische Verstärkung eines Widerstandes der Arbeiter, den Pankow schon seit langem zu spüren bekommen hatte. Der FDGB-Bundesvorstand hatte deshalb auf seiner 23. Tagung im Sommer eine "Erweiterung der Rechte der erktätigen" ankündigen müssen. Aus den Protesten, die in Pankow eingingen, musste die SED erkennen, dass sich die Arbeiterschaft mit billigen Versprechungen und kleinen Zuge-

ständnissen, wie sie vom FDGB gemacht wurden, nicht abweisen lässt.

Der ZK-Beschluss über die Bildung von "Arbeiterkomitees" soll nun einen Ausweg aus der für die SED kritischen Situation in den Betrieben schaffen, nachdem sich alle Versuche als vergeblich erwiesen haben, durch den Missbrauch der Gewerkschaftsorgane im Sinne der SED die aufgewühlte Betriebsatmosphäre zu befrieden. Selbstverständlich denkt Ulbricht gar nicht daran, durch Zulassung einer Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben die Forderungen der Arbeiterschaft zu erfüllen, weil damit das Ende der SED-Herrschaft über die Betriebe gekommen wäre. Wenn jetzt das ZK unter den Belegschaften die Schaffung von "Arbeiterkomitees" zur Diskussion stellt, will es damit von den grundsätzlich weitergehenden Forderungen der Arbeiter ablenken. Es ist damit zu rechnen, dass es in den Betrieben zu schweren Auseinandersetzungen über die Rechte dieser Organe kommen wird. Wie wenig sich die SED auch künftig in den Betrieben das Heft aus der Hand nehmen lassen will, geht daraus hervor, dass in dem ZK-Beschluss ausdrücklich betont wird, das "Arbeiterkomitee" müsse fest auf den Boden der Arbeiter- und Bauernmacht stehen, mit anderen Worten, es muss sich aus Personen zusammensetzen, die linientreu oder wenigstens gegenüber den Parteidirektiven folgsam sind.

Es ist nicht verwunderlich, dass der ZK-Beschluss, der als Ausweichmanöver gegenüber dem Druck der Arbeiterschaft erscheint, selbstverständlich nur vage Andeutungen über die Rechte und Aufgaben der "Arbeiterkomitees" macht. Es wird davon gesprochen, dass das neue Organ bei der "Verminderung der objektiven Widersprüche mitwirken soll, die zwischen dem Stand der Produktion und den wachsenden Bedürfnissen der Werktätigen entstanden sind." Eine Mitbestimmung bei der Festlegung des betrieblichen Produktionsplans, eine der entscheidenden Forderungen der Arbeiterschaft, soll lediglich in der Form der "Stellungnahme" möglich sein, was praktisch ohne grosses Gewicht ist, wenn es darum geht, die Ausbeutung der Arbeitskraft durch aufgezwungene Produktions- und Finanzpläne zu beseitigen.

Der aus der Zwangslage des Pankower Regimes geborene ZK-Beschluss, durch die "Arbeiterkomitees" die Lawine der Arbeiterforderungen zu kanalisieren, muss ein untauglicher Versuch bleiben, die Entwicklung aufzuhalten.

SPD wird in Baden-Württemberg stärkste Partei

R. Dr. Stuttgart

Die SPD ist bei den badisch-württembergischen Gemeinderatswahlen erstmals stärkste Partei dieses Landes geworden. Mit 32,2 % hat sie ihren Stimmenanteil gegenüber 1953 um 7,2 % verbessert, während alle anderen Parteien anteilmässig abgefallen sind. Die Auszählung hat fast 14 Tage gedauert, weil das Wahlverfahren in Baden-Württemberg ungeheuer kompliziert ist, obwohl es von der Bevölkerung meisterhaft gehandhabt wird.

Jeder Bürger hat 30 Stimmen zu vergeben und er kann sie beliebig auf Kandidaten der einzelnen Parteien verteilen. Er wählt gewöhnlich eine Liste, streicht dort aber tüchtig durch und nimmt dafür Kandidaten anderer Listen in seinem Stimmzettel auf. Er kann aber auch Kandidaten, die von ihrer Partei oder Wählervereinigung auf eine recht aussichtslose Stelle gesetzt worden sind, "hochkumulieren". Kumulieren heisst "häufen". Von dieser Möglichkeit, einem oder mehreren Bewerbern bis zu drei Stimmen zu geben, ist auch diesmal reger Gebrauch gemacht worden, was die hunderte von Auszählern im Lande weidlich in Schweissgebracht hat. Daher also rührt es, wenn die Ergebnisse der am 11. November stattgefundenen Gemeinderatswahlen erst 14 Tage später der Öffentlichkeit bekannt wurden.

Der Wahlsieg der Sozialdemokraten ist erst dann richtig zu würdigen, wenn man die kleinbäuerlich strukturierten Verhältnisse des südwestdeutschen Bundeslandes kennt. Gewiss befinden sich in diesem Lande auch Grossstädte, in denen die SPD bei diesen Wahlen erneut einen Stimmenzuwachs verzeichnet. Sie hat ihre Position aber auch überall auf dem Lande wesentlich verbessern können.

Die Steigerung des Stimmenanteils von 25 auf 32,2 % gegenüber den Gemeinderatswahlen von 1953 ist gleichmässig in allen vier Regierungsbezirken festzustellen. Demgegenüber ist der Abfall des Anteils der CDU von 25,2 % auf 24,1 % in der Tat nur ein Landesdurchschnitt. Im volkreicheren Industrie- und Nordwürttemberg hat die CDU gegenüber 1953 gewonnen. Ganz leicht zwar, aber doch etwa ein Prozent. In den durchweg bäuerlichen südlichen Räumen hat sie zum Teil erheblich verloren. Die FDP ist von 11,6 % auf 9,2 % herabgefallen, der BHE von 4,8 % auf 3,2 %. Kleine Splitterparteien haben 1,4 % des Stimmenanteiles für sich buchen können, gegenüber 0,3 % im Jahre 1953.

Die grösste Gruppe, die Freien Wählervereinigungen, sind erstmals von einer politischen Partei, der SPD, überrundet worden. Die Freien Wählervereinigungen hatten 1953 mit einem Stimmenanteil von 29 % die Spitze inne, von der sie nun verdrängt worden sind. Diese Wählervereinigungen sind jedoch keine Einheit auf Landesebene. Sie haben durchweg örtliche Wünsche und treten nur bei Gemeinderatswahlen auf. Ihre Listen bergen manche politische Kandidaten, die in den kleinen Dörfern und Gemeinden oft auf eine eigene Parteiliste verzichteten. Ihre Wählerschaft zersplittert sich bei politischen Wahlen auf alle Parteien.

Die SPD liegt nicht mehr, wie nach den Gemeinderatswahlen von 1953 mit der CDU im Kopf-an-Kopf-Rennen, sondern hat 7,2 % Vorsprung erreicht. Dieses Wahlergebnis macht den Christlichen Demokraten viel Kopfschmerzen, denn das Ergebnis sieht für die Sozialdemokraten noch besser aus als dasjenige von Rheinland-Pfalz. Und schon darüber ist man in der CDU doch sehr erschüttert. Auch die Entschuldigung, eine zu geringe Wahlbeteiligung habe die SPD begünstigt, bleibt ihnen versagt, denn die Beteiligung war mit 69,1 % höher als die von 1953. Damals gingen nur 67,7 % zur Urne.

Umbruch der agrarpolitischen Auffassungen

E. F. Der agrarpolitische Kongress der SPD in Bad Vilbel hatte einen Besuch zu verzeichnen, wie ihn selbst die Optimisten unter seinen Organisatoren nicht erwartet hatten. Der 480 Personen fassende Kurhausaal war überfüllt. Viele Bauern aus allen Teilen der Bundesrepublik kamen uneingeladen. Sie gehörten keineswegs alle der SPD an oder standen ihr nahe, viele von ihnen - auch aus ihren Führergremien - die politisch anders eingestellt sind, erschienen aus freiem Entschlusse. Einmal spricht dies für die wachsende politische Bedeutung der Sozialdemokratie auf dem Lande, zum anderen verzeichneten wir diese Haltung aber auch mit Freude und Genugtuung.

An dem allgemeinen Aufschwung der SPD hat die bäuerliche Bevölkerung Anteil. Gelang es der Sozialdemokratie in den Städten, die magische Wand ihres 30 %igen Stimmenanteils zu überbrücken, so bestand eine ähnliche Stagnation in ländlichen Kreisen.

Freilich liegt in den Dörfern die Grenze des sozialdemokratischen Stimmenanteils noch niedriger als in den Stadtbezirken. Bei den letzten Meinungsumfragen konnte jedoch auch hier die Sozialdemokratie ihre stetige 10 %-Hürde überwinden. Es lohnt sich schon, für immerhin 600 000 sozialdemokratisch gesinnte Bauern eine gute Agrarpolitik zu treiben. Auf dem Wege zu einer breiten Volkspartei wird die SPD den Hebel da ansetzen, wo darüber hinaus noch ein unausgeschöpftes Wählerreservoir vorhanden ist.

Dass die sozialdemokratischen Agrarpolitiker fortschrittliche und überzeugende Gedanken einer eingerosteten Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung entgegensetzen, hat der Agrarkongress in Bad Vilbel wieder einmal deutlich gezeigt. Die dort gehaltenen grundsätzlichen Referate über alle wichtigen Fragen des bäuerlichen Landes, unserer Dörfer, Höfe und ihrer Bewohner werden nicht ohne Auswirkungen auf die agrarpolitische Meinungsbildung in der Bundesrepublik bleiben. Das vielfältige, zumeist positive Echo auf die Vilbeler Reden und das Landprogramm der SPD hebt die klare, durchführbare und vernünftige Konzeption der sozialdemokratischen Vorstellungen hervor.

+ + +

Verantwortlich: A. V. Albert Exler